

Danziger Zeitung.



№ 16911.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Aelterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

San Remo, 8. Febr. (W. L.) Der Kronprinz machte mit der Kronprinzessin gestern Vormittag eine Spazierfahrt. Dr. Machenzky ist gestern Abend 6 Uhr hier eingetroffen.

Nachhall der Kanzlerrede.

Während die Veröffentlichung des Bündnisvertrages an der Börse einen Rückgang der Course veranlaßte, der nur deshalb weniger in die Augen sprang, weil das Ereigniß, wie das so oft geschieht, seine Schatten schon vor sich her geworfen, hat die Rede des Reichskanzlers und das Datum des Reichstags die Course befestigt; mit anderen Worten: auch die hohe Finanz sieht in dem Vorgange ein für die Erhaltung des Friedens günstiges Symptom, wiewohl die Frage, ob der 6. Februar in der That der Ausgangspunkt einer friedlichen Entwicklung sein wird, erst von St. Petersburg aus völlig aufgeklärt werden wird. In Folge eines auffälligen, angeblich zufälligen Zusammenstreffens hat gerade vorgestern der russische Botschafter am Berliner Hofe, Graf Schuwalow, der sich zur Feier des russischen Neujahrs nach Petersburg begeben hatte, seine wie es hieß durch ein Unwohlsein verzögerte Rückkehr nach Berlin angetreten. Die Meldung, daß er Träger entgegenkommender Vorschläge Russlands sei, wird sich hoffentlich bestätigen. Unter anderem wird es sich zeigen müssen, ob Rußland sich endlich entschließt, den Weg zu betreten, auf den Fürst Bismarck vorgestern bei der Erörterung der bulgarischen Angelegenheit hinwies, d. h., ob Rußland die Unterstützung Deutschlands für Vorschläge an die Pforte behufs Wiederherstellung des vertragsmäßigen Zustandes in Bulgarien in Anspruch nimmt. Wie erinnerlich, hat Rußland sich bisher darauf beschränkt, der Pforte die Initiative zuzuschreiben, anstatt diese selbst zu ergreifen. Die Pforte aber hat es abgelehnt, auf eigene Verantwortlichkeit vorzugehen. So standen die Dinge, als Graf Schuwalow nach Petersburg abreiste, und seitdem ist es von irgend welchen diplomatischen Schritten in dieser Richtung still geworden. Wird Rußland jetzt im Vertrauen auf die Zusicherung des Reichskanzlers sich zu dem ersten Schritt zur Heilung der bulgarischen Wunde, die jeden Augenblick einen gefährlicheren Charakter annehmen kann, entschließen? Das ist die Frage, von deren Beantwortung das Weitere wesentlich abhängt. Wegen des großen praktischen Interesses der auf Bulgarien bezüglichen Ausführungen des Kanzlers geben wir nachstehend den Wortlaut ausführlich wieder. Nach Erwähnung des Staatsreichs des Fürsten Alexander v. Battenberg, den der Reichskanzler als einen Abfall von Rußland bezeichnet, fuhr Fürst Bismarck fort:

„Dadurch ist ein Verhältniß entstanden, welches wir mit Gewalt der Waffen zu remediren keinen Beruf haben, welches aber die Rechte, die Rußland aus dem (Berliner) Congreß nach Hause gebracht hat, doch theoretisch nicht alteriren kann. Ob, wenn Rußland diese Rechte gewaltthätig geltend machen wollte, sich daran Schwierigkeiten knüpfen würden, das geht uns auch nichts an. Wir werden gewaltthätige Mittel nicht unterstützen und auch nicht dazu rathen; ich glaube auch nicht, daß Neigung dazu da ist; — ich bin ziemlich gewiß, daß sie nicht vorhanden ist. Wenn aber Rußland auf diplomatischem Wege versucht, sei es auch durch eine Anregung auf das Einschreiten des Oberherrn von Bulgarien, des Sultans, wenn es versucht, das herbeizuführen, so halte ich es für die Aufgabe einer loyalen deutschen Politik, sich dabei rein an die Bestimmungen des Berliner Vertrages zu halten, und an die Auslegung, die wir ihnen damals ohne Ausnahme gegeben haben und an der, mich wenigstens, die Stimmung der Bulgaren nicht irre machen kann. Bulgarien, das Cändchen zwischen Donau und Balkan, ist überhaupt kein Object von hinreichender Größe, um daran die Konsequenzen zu knüpfen, um seinetwillen Europa von Moskau bis zu den Pyrenäen und von der Nordsee bis Palermo hin in einen Krieg zu stürzen, dessen Ausgang kein Mensch voraussehen kann; man würde am Ende nach dem Siege kaum wissen, warum man sich eingeschlagen hat.“

Woju man sich nun in Petersburg entschließt, wird sehr bald aus der Haltung der Presse, die sich bis jetzt als für die russische Politik maßgebender, denn die persönliche Ansicht des Zaren erweist hat, zu erkennen sein. An Prophezeiungen in dieser Richtung ist schon heute kein Mangel. Beispielsweise schließt die „Post“ ihre Betrachtungen über die Rede des Reichskanzlers, der sie im übrigen ihre eigenen Ansichten unterstiebt, mit dem Satze: „In Rußland wird vielleicht von den beiden dort gegen einander arbeitenden Richtungen diejenige ihre Anstrengungen erneuern, welche die russische Action zuerst auf Centraleuropa lenken möchte.“ In der Rede des Reichskanzlers liegt eine Ermunterung dieser Bestrebungen sicherlich nicht. Sollten dieselben in der That demnächst die Oberhand gewinnen, so wäre damit bewiesen, daß die Voraussetzungen, von denen Fürst Bismarck in seiner gestrigen Rede ausgegangen ist, sich nicht als zureichend erwiesen haben. Das aber ist sicherlich unwahrscheinlich, wiewohl die Möglichkeit eines Irrthums seinerseits der Reichskanzler von vornherein nicht ausgeschlossen hat, indem er der russischen Regierung die Absicht zuschrieb, für den mehr oder weniger wahrscheinlichsten Fall einer neuen europäischen Krisis gerüstet zu sein.

Das officiële „Fremdenblatt“ in Wien, wo wegen der Bismarck'schen Rede eine freudige, geradezu enthusiastische Stimmung herrscht, schreibt: „Die Rede des Fürsten Bismarck wird für längere Zeit das treue Spiegelbild der die Welt beherrschenden Situation bleiben, welche keine unmittelbare Friedensstörung befürchten läßt, aber doch die Staaten veranlaßt, auf ihre militärische Leistungsfähigkeit sorgsam bedacht zu sein. Was Fürst Bismarck über die Publication des Bündnisvertrages mit Oesterreich-Ungarn und über dessen

Zweck im deutschen Reichstage ausgesprochen hat, das steht in vollster Uebereinstimmung mit der in Oesterreich-Ungarn herrschenden Auffassung und ist dem innigen aus der Gemeinsamkeit der Zwecke und der politischen Anschauungen herausgewachsenen Bündnisse vollkommen adäquat. Es wird dem Friedensbündnis neue moralische Kraft verleihen. Der mächtige Appell an Deutschlands Macht und Wehrkraft, das stolze Bewußtsein der großen dem deutschen Volke zugefallenen Stellung, welche dieses gegen seine Feinde mit den Waffen zu vertheidigen stark genug ist, wird überall einen langen Nachhall finden. Da die Kraft des deutschen Reiches dem Frieden und dem Rechte gilt, werden alle Factoren, die es stärken können, und darunter auch das gewaltige aus der Rede des Kanzlers strömende moralische Moment, als willkommenes Bundesgenossen des Friedens und der Ordnung begrüßt werden.“

Gleichzeitig wird aus Wien telegraphisch gemeldet, daß der deutschnationale Club (Anoz und Genossen) im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht hat, die Regierung möge nach vorheriger Einvernehmung mit der ungarischen Regierung mit Deutschland Unterhandlungen einleiten, welche zur Genehmigung des österreichisch-deutschen Bündnisses durch die Volksvertretungen der verbündeten Reiche und zur verfassungsmäßigen Inarticulirung dieses Vertrages in die Grundgesetze des Staates führen.

In Ungarn dürfte diese Anregung gern acceptirt werden. Gerade dort ist die Veröffentlichung des Vertrages schon in Anbetracht der Beruhigung und Ermuthigung, welche in der öffentlichen Meinung Ungarns durch die klaren, sicheren Bestimmungen der Allianz bemerkt worden sind, mit hoher Befriedigung begrüßt worden. Als ein äußeres Symptom für den vortheilhaften und erhebenden Eindruck, welche die laute Verkündigung des Vertrages in Ungarn hervorrief, führt ein Budapestler Brief der „Pol. Corr.“ den Umstand an, daß Graf Julius Andrássy am Abend, wo das Amtsblatt die sensationelle Publication brachte, bei seinem Erscheinen im liberalen Casino mit Kundgebungen der Begeisterung ausgenommen wurde. Man erkennt es als ein Werk seiner vorausschauenden Staatsklugheit an, daß unsere Monarchie mit Bürgschaften umgeben ist, ohne welche sie im gegenwärtigen, kritischen Augenblicke der Entwicklung der Ereignisse nur mit banger Besorgniß entgegensehen könnte. Angesichts des unzweideutigen Sinnes und der Garantien des Bündnisses mit Deutschland steht man gegenwärtig dem Verlaufe der Dinge mit beruhigtem Gefühle gegenüber, und gerade auf diese Empfindungen und Ueberzeugungen ist es zurückzuführen, daß alle Organe der ungarischen Presse, ohne Unterschied der Parteilichkeit, sich jeglicher herausfordernden Kundgebung Rußland gegenüber enthalten.

In Paris hat, wie man der „Nat.-Ztg.“ telegraphirt, die Rede des Fürsten Bismarck und die Haltung des deutschen Reichstages einen tiefen Eindruck gemacht und die Friedenshoffnungen wesentlich erhöht. Der anständige Theil der Presse bespricht die Rede in durchaus angemessener Weise und erkennt ihre eminent friedliche Bedeutung an. In Finanzkreisen machte die Rede ebenfalls einen günstigen Eindruck.

Politische Uebersicht.

Danzig, 8. Februar.

Der erste Streich gegen die Verfassung.

Während gestern im preussischen Abgeordnetenhaus aus conservativem Munde zu dem neuen Brantweinsteuergesetz eine Rede gehalten wurde, welche ganz demjenigen Standpunkte entsprach, den die Freisinnigen bei der Schaffung dieser übereilten Maßregel eingenommen haben, während ferner die Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises eine vorläufige Besprechung erfuhr, aus der nur soviel hervorging, daß zur Zeit keine Partei über diese ja auch des politischen Charakters entbehrende Frage geschlossen urtheilt, war im Reichstage die Cartellpartei einmüthig bei der Arbeit zur Weiterführung ihres gemeinsamen Werkes der Abänderung der Verfassung, der Verkürzung des Wahl- und Volksrechts. Noch einmal traten Vertreter derjenigen Parteien, welche eine Revision einer Verfassungsbestimmung nur dann vornehmen wollen, wenn es gilt, einem allgemein empfundenen, wirklichen Bedürfnisse abzuhelfen, und dann selbstverständlich nur im Sinne einer Verstärkung der Volksrechte, auf den Plan, um die nützlichen Argumente der Cartellpartei zu verpfänden.

Herr Windthorst bezeichnete es als einen Erfolg der Verhandlungen über diese Frage, daß Herr v. Bennigsen wenigstens bestimmt verheißt habe, auf weitere Verfassungsänderungen nicht eingehen zu wollen. Wie schwach aber dieser Trost ist, darauf wies Windthorst selbst hin, indem er constatirte, daß der conservative Führer Hr. v. Helldorf seiner Partei völlig freie Hand gewahrt habe. Mit Recht wies der Abg. Richter in Anknüpfung hieran darauf hin, daß sobald wie Hr. v. Puttkamer die Majorität habe, er das geheime Wahlrecht abschaffen werde, trotz Herrn v. Bennigsen; mit Recht constatirte der Redner ferner, daß die Behauptung unrichtig sei, die Nationalliberalen seien früher stets für Verlängerung der Legislaturperioden gewesen, und daß diese Verlängerung nur die Ausbreitung der politischen Bildung zu hemmen geeignet sei. Auch der Abg. Hänel trat in eindringlicher Weise gegen die geplante Maßregel ein, legte dar, wie bedenklich es sei, ohne Noth, lediglich aus Opportunitätsgründen an der Verfassung zu rütteln, und mahnte die Cartellpartei, gerade in Zeiten, wie die jetzigen sind, wo dem Volke so große neue

Opfer ausgedrückt werden müssen, ihre Macht nicht im Uebermaß zu gebrauchen. — Es half alles nichts. Die coalirten Parteien haben die Macht und sie benutzen sie nach Belieben. So decretirten sie gestern einfach die Annahme ihres Antrages, sie decretirten auch die Beseitigung des Antrages Richter, welcher mit dem Cartellantrage die Gewährung von Diäten und Reisekosten an die Abgeordneten verknüpfen wollte. Mit diesem Eifer trat namentlich wiederum Herr v. Bennigsen — aus Geschäftsordnungsgründen — gegen den Antrag ein, der angeblich in keinem Zusammenhange mit dem Inhalt des Cartellantrages stände. Als ob es nicht sonnenklar wäre, daß das Uebel der Diätenlosigkeit, durch Verlängerung der Legislaturperioden einfach verdoppelt würde! Das sind übrigens Worte von — Herrn Miquel selbst, allerdings aus dessen früherer, liberaler Zeit.

Auf diese Act vereitelten die Cartellpartei die Annahme einer Bestimmung, die der Reichstag früher schon zu wiederholten Malen und stets mit großer Mehrheit angenommen hat; man besiegte den Antrag Richter, nur weil man fürchtete, die Regierung werde dann den ganzen Cartellantrag mißgünstig ansehen, und um den jätlich gehegten Plan nicht noch der Gefahr eines Scheiterns im Falle auszuweichen, verleugnete man das, was man selbst schon sieben oder acht Mal als richtig anerkannt und feierlich beschlossen hatte!

Heute nun wird der cartellparteiliche Feldzug gegen die dreijährige Legislaturperiode im Abgeordnetenhaus fortgesetzt. Die Freisinnigen haben dazu den Antrag auf Einführung der geheimen Wahl durch Stimmzettel bei den Urwahlen und Wahlmännerwahlen an Stelle der öffentlichen Stimmabgabe eingebracht. Wir fürchten freilich, daß der Erfolg des freisinnigen Correcturversuchs nicht besser ablaufen wird, als im Reichstage. Die Cartellmehrheit huldigt hier höchstens noch ungenierter dem Grundsatz: sic volo, sic jubeo, stat pro ratione voluntas!

Die Alters- und Invalidenversorgung.

Wie uns aus Berlin geschrieben wird, verlautele gestern mit Bestimmtheit, die Arbeiten bezüglich der Arbeiter-Altersversorgung seien so weit vorgeschritten, daß vor Ablauf dieses Monats die Einbringung an den Reichstag erfolgen könne; demnach würde also das Erscheinen der Vorlage beim Bundesrathe nahe bevorstehen. Es bestätigt sich, daß die Regierung lediglich darauf Gewicht legt, daß der Reichstag die erste Lesung des Gesetzes vornimmt, die öffentliche Meinung also Anlaß erhält, sich mit dem Gesetze vertraut zu machen und darüber in der Weise und dem Umfang zu urtheilen, daß die Regierung daraus einen Maßstab dafür gewinnt, die Vorlage erforderlichen Falles umzuarbeiten.

Erwerb von Privatbahnen.

Nach dem vom Minister der öffentlichen Arbeiten und dem Finanzminister dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Bericht über die Ausführung verschiedener auf den Erwerb von Privatbahnen bezüglicher Gesetze ist im Jahre 1887 seitens des Staates erworben worden: das Eigenthum der Berlin-Dresdener, der Nordhausen-Erfurter, der Oberlausitzer, der Aachen-Jülicher und der Angermünde-Schwedter Eisenbahngesellschaft ist die Eisenbahndirection zu Berlin, für die Nordhausen-Erfurter die Direction zu Frankfurt a. M., für die Oberlausitzer die Direction zu Erfurt und für die Aachen-Jülicher Eisenbahngesellschaft die Eisenbahndirection (linkshänfische) zu Köln bestellt und in das Handelsregister eingetragen worden.

Eine französische Stimme über den Bündnisvertrag.

Der officiële „Pol. Corr.“ schreibt man aus Paris vom 4. Februar: Die Veröffentlichung des Bündnisvertrages zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wird hier sowohl wegen des Wesens der Bestimmungen des Vertrages selbst, als in Anbetracht der gewohnten Mäßigung namentlich des Wiener Cabinets als ein Ereigniß von europäischer Bedeutung angesehen. Man zieht aus diesem Schritte vielfach den Schluß, daß die Regierungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands die Lage im Hinblick auf Rußland für eine ernste erachten; in den politischen Kreisen von Paris wird jedoch diese Folgerung als eine übertriebene und unter allen Umständen als eine übereilte aufgefaßt. Sowohl die friedlichen Erklärungen des Zaren, als die aus London einlaufenden Nachrichten über die allgemeine Lage, wie auch die diplomatischen Berichte berechtigten zu ernstesten Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens. Man ist hier nicht der Anschauung, daß die seitens Rußlands ergriffenen Vorkehrungsmaßregeln einen Angriff gegen Deutschland zum Endzweck haben, noch auch einen solchen gegen Oesterreich-Ungarn. Man glaubt vielmehr, daß die Russen mit Sorge und Unmuth wahrnehmen, wie die bulgarische Frage einer thatsächlichen Lösung zutreibt, welche mit den Ueberzeugungen des Zaren und in einem wichtigen Punkte mit dem Berliner Vertrage in Widerspruch steht. Die russische Regierung unternehme daher gewisse Rüstungen, um ihren Worten Gewicht verleihen zu können, wenn sie die Wiedererlangung ihres ehemaligen Einflusses in Bulgarien beansprucht. Sollte ein Arrangement durchaus nicht zu Stande kommen, müsse man sich schließlich, wie man hier annimmt, auf eine russische Besetzung gefaßt machen. Selbst-

verständlich müsse Rußland, ehe es zu einer Action im Süden schreitet, sich gegen Westen decken, und in diesem Zusammenhange suche es sich durch die Truppenbewegungen in Polen eine ausreichende Defensivstellung zu schaffen.

Es wird andererseits mit Befriedigung constatirt, daß der enthüllte Vertrag keinerlei aggressive Tendenz gegen Frankreich birgt, eine Thatsache, welche durch die Politik Oesterreich-Ungarns Frankreich gegenüber bestätigt werde, so daß das Erscheinen des Präsidenten der Republik, Herrn Carnot, auf dem Balle des österreichisch-ungarischen Botschafters, Grafen Szonyi, nicht im Widerspruch mit der Lage stände. Selbstverständlich hat die Verlautbarung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages Vermuthungen über Inhalt und Richtung auch des Bündnisvertrages zwischen Deutschland und Italien angeregt. In dieser Richtung zweifelt man nicht, daß diese Allianz auf einer gleichen Grundlage beruhe wie die soeben bekannt gemachte, nur mit dem Unterschiede, daß die Spitze des deutsch-italienischen Bündnisses sich gegen Frankreich kehren dürfte. Es kann nicht geäußert werden, daß in den diplomatischen Kreisen Frankreichs, wiewohl die mehrermähnte Publication von ihnen in der dargelegten besonnenen Weise aufgefaßt wird, immerhin auch gewisse Besorgnisse geäußert werden. Man betont aber schließlich, daß Frankreich sich nicht beunruhigt zu fühlen brauche, da es einerseits selbst an keinen Angriff denke, und andererseits auch feierlich erklärt werde, daß ein Angriff auf Frankreich nicht beabsichtigt sei.

Ein Manifest Flourens'.

Der französische Minister des Auswärtigen, Flourens, richtete, wie aus Paris von gestern telegraphirt wird, an seine Wähler im Departement Basses Alpes ein Manifest, in welchem es heißt, er strebe darnach, daß Frankreich groß, geehrt und glücklich sei, daß Demokratie und Freiheit sich immer weiter entwickelten und daß der Friede zugleich mit der Sicherheit des Landes und der internationalen Würde gewahrt bleibe.

„Socialistengesetz“ in Japan.

Seit Weihnachten steht, wie man der „M. Allg. Z.“ aus Tokio schreibt, Japan unter einer Art von Socialistengesetz. Nicht als ob es hier Socialisten gäbe, wohl aber sieht das betreffende Gesetz dem deutschen Socialistengesetz sehr ähnlich. Das unerwartete Erscheinen desselben in Verbindung mit einer ganzen Menge sich daran knüpfender dunkler Gerüchte von geplanten Aufständen, Attentaten auf die leitenden Minister etc. hat keine geringe Aufregung hervorgerufen. In der That befindet sich das Volk seit einer Reihe von Monaten im Zustande politischer Gährung, und die Regierung wird gewiß Grund genug haben, ein Gesetz mit so scharfen Bestimmungen zu erlassen; doch bietet die Lage keinen Grund für die abentheuerlichen Gerüchte und Befürchtungen, die in diesen Tagen in Tokio und Yokohama umgehen und vielleicht auch Eingang in die europäische Presse finden könnten. Thatsache ist, daß die Regierung einer geheimen politischen Vereinigung fortschrittlichen Charakters auf die Spur gekommen ist, die sich besonders aus Leuten der Provinz Toza zusammensetzte, welche zur Erreichung gewisser politischer Zwecke nach Tokio kamen, sich auffallend lange hier aufhielten und unter Umständen versucht haben könnten, das mit Gewalt durchzusetzen, was sie auf dem Wege von Petitionen nicht erlangen konnten. Dem vorbeugen, erließ die Regierung das genannte Gesetz. In Folge desselben sind in diesen Tagen zwei- bis dreihundert verdächtige Personen aus der Hauptstadt Tokio ausgewiesen worden. Außerdem sind selbstverständlich alle möglichen Sicherheitsmaßregeln getroffen worden. Das Gesetz verbietet und belegt mit strengen Strafen alle geheimen Gesellschaften und Versammlungen. Die Befugnisse der Polizei gegenüber öffentlichen Versammlungen sind erweitert worden. Das Anfertigen oder Importiren und Verkaufen aufrührerischer Schriften oder Abhandlungen wird mit strenger Strafe bedroht. Innerhalb eines Districtes von 3 Ri (1/3 deutsche Meilen) um die Residenz kann jeder Verdächtige sofort ausgewiesen werden, und endlich spricht sich das Cabinet die Competenz zu, über ganze Districte eine Art von Belagerungszustand zu verhängen.

Reichstag.

31. Sitzung vom 7. Februar.

Zweite Berathung des Antrags wegen Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre. Abg. Windthorst: Ich habe keine Hoffnung mehr, die Verfassungsänderung aufzuhalten; der Antrag wird sicher angenommen. Ich suche aber zu verhindern, daß man auch die Budgetperiode ändert. Das Gerücht, daß ein Straßburger Professor zu einem Gutachten aufgefordert sei, wie die Reichsverfassung ohne Mitwirkung des Reichstags geändert werden könnte, ist schon durch den Staatssecretär v. Bötticher widerlegt worden. Zwischen hat mir Professor Laband geschrieben, daß niemals ein solches Gutachten von ihm verlangt sei, und daß er eine Abänderung der Verfassung ohne den Reichstag für absolut undenkbar erachte. (Hört, hört!) Das ist auch meine Ansicht. Gegen das allgemeine directe und geheime Wahlrecht vorzugehen, hat Herr v. Bennigsen mit klaren Worten abgelehnt; das vorliegende Gesetz würde ich aber nach Lage der Sache einfach „Gesetz Bennigsen“ nennen. (Heiterkeit.) Das allgemeine und besonders das geheime Wahlrecht hat zahlreiche Gegner, und Herr v. Puttkamer hat es 1885 für eine Pflicht der preussischen Regierung erklärt, die Beseitigung desselben in Ermüdung zu ziehen. Die beiden conservativen Parteien haben neulich unterlassen, ebenso rund und nett wie Herr von Bennigsen zu erklären, daß sie an dem jetzigen Wahlsystem festhalten. Herr v. Helldorf hat vielmehr ganz offen vor einigen Jahren erklärt, die Beseitigung desselben sei nur noch eine Frage der Zeit. Wir stehen hier am Anfange eines

sehr ersten Conflicts, dem ich vorbeugen möchte. Man hat uns dabei wieder unsere Haltung bezüglich des Septennats vorgeworfen; wir haben aber durchaus nicht verweigern wollen, was zur Vertheidigung des Vaterlandes nöthig war. Wenn der Feind an den Grenzen droht, hören alle anderen Streitigkeiten auf. Das Septennat war nur eine Ausnahme, wir aber wollten zu dem ordinären Budgetrecht zurückkehren. Wir wollten also an der Verfassung festhalten. Sie nicht.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Bei den nächsten Wahlen wird uns Hr. Windthorst einen beabsichtigten Sturm auf das jetzige Wahlrecht vorwerfen. Er wird sagen: die Verlängerung der Legislaturperiode war der erste Streich, doch der zweite folgt gleich (Heiterkeit). Die Cartellparteien haben eigentlich keinen Grund, mit dem jetzigen Wahlsystem unzufrieden zu sein. (Gehr wahr! rechts.) Jede Partei, die heute einen Sturm auf gegen das allgemeine directe Wahlrecht unternimmt, schneidet sich selbst den Lebensfaden ab. Abg. Bamberger hat eine ganz merkwürdige Verfallit seines Geistes gezeigt. Er hat früher für die Eppatrirung der Geistlichen gestimmt und beim Socialistengesetz die Eppatrirung als eine ganz verwerfliche Strafe bezeichnet. Früher hat er eine glänzende Rede für das Socialistengesetz gehalten, jetzt eine ebenso glänzende dagegen; vor mehreren Jahren hat er die Nothwendigkeit längerer Legislaturperioden begründet, heute stimmt er dagegen. Dieses giebt mir die Zuversicht, daß er nächsten eine Rede für die Doppelwählung gegen die Goldwählung halten wird. (Heiterkeit.) Die Reichsverfassung und die ganze organische Gesetzgebung des Reichs ist unter dem Widerspruch der Freisinnigen und Windthorst's zu Stande gekommen. Dieselben haben aber unser öffentliches Leben nur gestärkt und gesund gemacht. (Windthorst: Warum ändern Sie sie denn!) Die fünfjährigen Perioden werden hauptsächlich den Cartellparteien zu gute kommen, weil wir die Majorität desto leichter erreichen, je mehr Wähler an die Urne treten. Das ist aber bei fünfjährigen Wahlen der Fall. Geheime Abmachungen zwischen den Cartellparteien haben nur bezüglich der Aufstellung der Septennatscandidates stattgefunden. Sollten aber in Zukunft noch Abmachungen getroffen werden, so wird Hr. Windthorst der Allerletzte sein, der etwas davon erfährt. (Beifall rechts.)

Abg. Ricker: Das nennt man eine sachliche Vertheidigung einer Verfassungsänderung. (Gehr richtig!) Der Abg. v. Kardorff hat außer dem Gedanken, daß dieselbe den Cartellmännern zu gute kommen würde, absolut nichts Sachliches geboten. (Gehr richtig!) Wie ist er mit den Thatsachen umgegangen. Es ist zunächst unklar, daß die frühere Fortschrittspartei der organischen Gesetzgebung in Deutschland widerstrebt hat. Die gute Hälfte aber der jetzigen freisinnigen Partei, die früher nationalliberal war, hat an dieser Gesetzgebung und an der deutschen Verfassung einen hervorragenden Anteil. Hr. v. Kardorff muß das wissen; welchen Zweck haben also diese Vorwürfe. Wir sind doch nicht in Wahlen. Was soll es ferner heißen, wenn er uns für abhängig vom Centrum erklärt und behauptet, wir hätten denselben unseren Rücken dargeboten. Hat er dafür Beweise vorgebracht? Das ist doch nur Wahlpolitik und nicht der höheren Art. Man kann wohl den Abgeordneten v. Kardorff darin nicht ernst nehmen, nachdem er auch erklärt hat, der Abg. Windthorst müßte Ehrenmitglied der nationalliberalen Partei werden. Die Abänderung der Verfassung, die Sie vorschlagen, ist auch ohne Abänderung des gleichen und geheimen Wahlrechts, welche die Conservativen durch ihre Redner hier und ihre Presse, ja auch ein Theil der nationalliberalen Presse erstrebt hat, ganz genug. Sie wollen die Verlängerung der Legislaturperiode durchaus als etwas Harmloses hinstellen. So wenigstens hat es Graf Behr, und Hr. v. Bennigsen hat sich lediglich auf die zu einer ganz anderen Zeit und ganz anderen Verhältnissen gemachten Ausführungen meines Freundes Bamberger gestützt. Was aber beabsichtigt wird, das hat uns die offene Schlussrede des Abg. v. Hellborn enthüllt. Es ist unrichtig, daß die Nationalliberalen von jeher im Princip für Verlängerung der Legislaturperioden waren. Zu der Zeit, als ich noch in der Fraction war, ist ein dahingehender Antrag Böck mit sehr großer Majorität abgelehnt. Die heutige nationalliberale Partei ist überhaupt nicht mehr die, welche im Jahre 1867 unter Führung von Trewesten und Forckenbeck ihr Programm verkündigte. Daß der Antrag eine Verminderung des Volksrechts herbeiführt, das hat 1885 auch Hr. v. Hellborn zugegeben. Er nannte es nur eine „formale“ Verminderung des Volksrechts. Wir sind aber der Meinung, daß es eine materielle Schwächung des Volksrechts und eine materielle Erweiterung der Machtsphäre der Regierung ist — einer Regierung, wie wir sie mächtiger noch nicht gehabt haben. Das Cartell mag den Nationalliberalen vorläufig und zeitweise einige Vortheile gebracht haben, für die Dauer aber bedeutet es eine verhängnisvolle Schwächung des Liberalismus. Die Nationalliberalen werden schließlich von den Conservativen, denen sie jetzt mit solchen Anträgen Dienste leisten, zurückgedrängt werden. Im Abgeordnetenhaus fehlen den conservativen Parteien nur noch 17 Stimmen an der absoluten Majorität, und wenn Sie ihnen diese verschaffen, so werden Sie fünf Jahre dulden müssen, daß die Conservativen unabhängig von der Volksmeinung ihre Geschäfte betreiben. Wenn Hr. v. Bennigsen in dem Antrag nur eine Correctur der einseitigen und schwankenden Tagesmeinung sieht, so kann das doch nur bedeuten, daß der Reichstag unabhängig werden soll von der Volksmeinung. Denken Sie doch an die Ausführungen der Herren v. Hellborn und v. Rauchhaupt über die Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts. Der eine bezeichnete die allgemeine geheime Wahl als eine Vernichtung der Autorität der Regierung, der andere als eine Negation der Autorität der Krone und als eine Veräußerung des Treubruches. Und angesichts solcher Anschauungen glauben Sie noch, daß die Herren aufrecht auf dem Boden des allgemeinen, directen und geheimen Wahlrechts stehen. Die Politik darf ebenso wenig wie die Religion und der Unterricht angefaßt werden, und in diesen Punkten sollen die Gewissen frei sein und die Ueberzeugung nur durch das gebunden sein, was aus dem Innern kommt. Wie deckt sich mit diesen Anschauungen das, was Hr. v. Putschamer vor einigen Jahren ausführte, daß die preussische Regierung die Abschaffung des geheimen Wahlrechts ernst in Erwägung ziehen müsse? Eine solche Erklärung muß doch den Schluss rechtfertigen, daß Hr. v. Putschamer nur auf die passende Majorität wartet, um diese Anschauungen der preussischen Regierung zur Ausführung zu bringen. Es wurde von den vielen Agitationen, von dem Vergnügen an denselben gesprochen. Für mich ist die Wahrheit die qualvollste, nichts strengt mich mehr an, als dieser durch persönliche Agitation verbitterte Streik. Aber ist die Agitation nicht nothwendig, nicht ein Gebot der einfachen Pflichterfüllung, sollen wir den Herren Gendarmen, den Ortschulzen und der ganzen Reptilienpresse allein die Arbeit überlassen? Das können Sie doch nicht verlangen. Was hat denn den Kampf so erbittert gemacht? Noch 1881 schilberte Hr. v. Bennigsen hier die Einwirkung der Reptilienpresse und die bösen Folgen der Wahlbeeinflussungen. Herrschte dies System jetzt weniger? Ist die Reptilienpresse vielleicht anständiger geworden? O nein! Sorgen Sie also dafür, daß bessere Zustände eintreten. Gerade dieser Grund spricht auch gegen den Antrag. In einem Augenblick, wo das System Putschamer so fest sitzt, wo die unerhörtesten Wahlbeeinflussungen an der Tagesordnung sind, da wollen Sie dem Wähler die Möglichkeit nehmen, alle drei Jahre zur Revision des Systems Putschamer anzutreten. Die Gefahr, daß das Volk in seinem politischen Leben vergiftet wird, wird um so größer, je länger die Wahlperioden dauern. Wenn die nächsten Wahlen kommen, wird der Hochdruck der Wahlagitation immer größer, der Wahlkampf immer erbitterter werden. Schließlich kommt auch in Betracht, daß die sociale Gefahr im Falle der Annahme des Antrages eine immer größere wird. Denn, wenn das eine Recht, das den Socialdemokraten unter dem Ausnahmegesetz noch geblieben ist, das Recht, in der Wahlzeit Berathungen abzuhalten, ihnen jetzt auch noch beschränkt wird, so ist zu befürchten, daß die

Klassenverwilderung eine immer größere wird. Dadurch, daß wir dem vierten Stand die politische Gleichberechtigung gegeben haben, haben wir auch die Pflicht auf uns genommen, für die politische Aufklärung dieser breiten Massen zu sorgen, damit diese ihr wichtiges politisches Recht gebrauchen lernen. Es genügt nicht ein militärisch unüberwindliches Deutschland, es ist auch nöthig, was der Reichskanzler selbst angeordnet hat, daß die Gefahren innerer Zwistigkeiten und Unzufriedenheit, wie sie hineinreichen bis in die weitesten Kreise der Arbeiter, beseitigt werden, und an dieser Arbeit müssen wir uns alle betheiligen. Wenn Sie die Legislaturperiode jetzt verlängern, erbittern Sie die Arbeiter, die unteren Volksklassen von neuem. Allerdings wird eine Anzahl deutscher Männer die Gewissensbisse in sich sehen, an der politischen Bildung und Aufklärung des Volkes zu arbeiten. Und ich hoffe, sie werden die Kräfte finden, alle die Bestrebungen, welche diesen Plänen entgegen arbeiten, zu durchkreuzen, auf daß die politische Bildung unter der Herrschaft des neuen Wahlgesetzes keine Rückschritte mache. (Beifall links.)

Abg. v. Hellborn (cont.): Hr. Windthorst erklärte ich nochmals positiv, daß wir in keiner Weise die Absicht haben, Anträge zur Abänderung des allgemeinen Wahlrechts zu stellen. Wollte er verlangen, daß wir nie und nimmer und unter keinen Umständen irgendwie an dem Wahlrecht rütteln wollten, so wäre das so, als wenn ich von Herrn Windthorst die Erklärung verlangte, daß er nie und unter keinen Umständen etwas zur Wiederherstellung des Königreichs Hannover thun wolle. (Gehr gut! rechts.) Ich denke, der Gegenstand ist erschöpft, es ist Zeit, daß wir abstimmen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Marquardsen (n.-l.): Die Nationalliberalen waren in dieser Frage stets getheilte Meinung. Mit der Freiheit oder der Freiheit des Wahlrechts hat diese Sache gar nichts zu thun. Jedenfalls ist die nationalliberale Presse für Wahlbeeinflussungen der Arbeitgeber und bergleichen nicht verantwortlich zu machen. Es handelt sich hier um eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, und man kann für die 5 Jahre stimmen, ohne die bürgerliche, religiöse und politische Freiheit irgendwie anzutasten.

Abg. Hänel (freis.): Bloße Opportunitäts- und Zweckmäßigkeitsgründe können hier um so weniger den Ausschlag geben, als die Gründe in der Hauptsache nur auf Wahrscheinlichkeitsberechnungen beruhen. Ich stelle diesen Opportunitätsgründen einfache Thatsachen gegenüber. Sie wollen die Unlust an dem vielen Wahlen vermindern. Wo liegt denn aber eigentlich die Antipathie und die mindere Pflichttreue? Vergleichen Sie doch die Betheiligung des deutschen Volkes an den Wahlen mit dem durchschnittlichen Präsenzstande dieses Hauses, und die Waagschale wird zu Ungunsten dieses Hauses ausschlagen. (Zustimmung links.) Ich würde Ihnen rathe, sich selbst in dieser Beziehung einmal die Leuten zu lesen. (Heiterkeit; Zurufe.) Ja wohl, ich nehme mich selbst nicht aus. Der zweite Opportunitätsgrund beruht in der Art und Weise des Wahlkampfes. Gewiß, wir haben 1878 und 1887 unangenehme, ekelergregende und aufregende Wahlkämpfe gehabt, aber gerade diese sind in Folge einer Auflösung hervorgerufen. Der dritte Grund soll in der Cumulation der Wahlen liegen. Man beruft sich auf das Beispiel Englands, welches ja die längsten, nämlich siebenjährige Wahlperioden hat. Wieviel Parlamente aber sind denn in England eines natürlichen Todes gestorben? Wo haben Sie eine föderative Verfassung mit längerer Legislaturperiode? In Amerika finden die Wahlen alle zwei Jahre, in der Schweiz alle drei Jahre statt. Herr Miquel hat 1867 die dreijährige Periode nicht ausschließlich mit dem Beispiel des preussischen Landtags, sondern mit wichtigen principellen Gründen empfohlen. Wir müssen dem Volke immer schwerere Lasten auflegen, und dasselbe muß deshalb mit den Institutionen des Reichs möglichst oft in Berührung treten können, um mit seinen Interessen, seiner Begeisterung an das Reich gefesselt werden zu können. Das ist ein Gegengewicht gegen particularistische Strömungen. Das hat Hr. Miquel damals deutlich ausgeführt gegenüber den Anträgen auf fünfjährige Wahlperioden. Es handelt sich nicht um eine Opportunitätsfrage, besonders wegen des Zusammenhangs mit dem allgemeinen Wahlrecht. Hr. v. Kardorff hat die Absicht eines Sturmlaufs gegen dasselbe in Abrede gestellt. Eine solche Dummheit werde kein Politiker begehen. Sie können aber den Wortlaut der Verfassung ruhig bestehen lassen und eine solche Summe von kleinen Änderungen vornehmen, daß von dem allgemeinen directen Wahlrecht so gut nichts übrig bleibt. Durch die Voraussetzung eines längeren Aufenthalts, höherer Altersgrenzen würden mit einem Male Massen von Wählern auscheiden. Gegen diese Methode hat sich weder Herr v. Kardorff noch Herr v. Hellborn erklärt. Für diese Herren ist der Antrag ein erster erfolgreicher Streich gegen das allgemeine Wahlrecht. (Gehr wahr! links.) Der Reichskanzler hat uns gestern die ernste Situation des deutschen Volkes geschildert, der wir mit unserer ganzen Kraft begegnen müssen, und hat an die Pflichttreue der Nation appellirt, die fortgerissen sein müßte in ihrer Begeisterung für die heiligen Interessen des Vaterlandes. Deshalb haben auch die coalirten Parteien die Pflicht, ihre Politik nach der äußeren Lage einzurichten und ihre Macht hier mit Maß zu gebrauchen. Glauben Sie Ihren Pflichten zu genügen, wenn Sie in breite Bevölkerungsmassen Gefühle des Abcheus, des Chels, das Gefühl hineinwerfen, daß sie mit Füßen getreten werden. (Dhol rechts.) Hier liegen bedrohte Grundfälle vor, und diese einseitige Interessenpolitik der Majoritätsparteien giebt einen Agitationsstoff von ungeheurer Stärke. Sie beschuldigen andere Parteien leichten Sinnes des Mangels an Patriotismus, hier haben Sie aber die Ehrenpflicht, selbst wenn wir die größten Sünder wären, in einer solchen Situation unsere Anhangung zu respectiren und nicht an den Volksrechten zu rütteln. Daß die Verlängerung der Legislaturperiode nicht einen verminderten Einfluß des Volkes bedeutet, kann keine Dialectik begründen. Darüber kommen selbst viele Anhänger der nationalliberalen Partei nicht hinweg. Als ich in einer Wahlversammlung der Befürchtung Ausdruck gab, daß die Coalitionsparteien die Verlängerung der Legislaturperiode beantragen würden, wurde ich von nationalliberalen Gegnern sogar der Verleumdung beschuldigt. Heute sind jene von der nationalliberalen Partei Lügen gestraft. Irrend welche praktischen Bedürfnisse sind für diesen Antrag nicht vorhanden. Der Bundesrath hat die neue Zusammensetzung des Reichstags nicht benutzt, um seinerseits die Initiative dazu zu ergreifen; er hat nicht einmal über die definitive Annahme eine Erklärung abgegeben. Nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers stellt sich der Bundesrath auf den Standpunkt, daß er in einer Zeit, wo so schwere Opfer vom Volke gefordert werden, nicht einmal den Anschein erwecken will, als ob von den verfassungsmäßigen Rechten des Volkes etwas abgerungen werden solle. Das war den Majoritätsparteien vorbehalten. Sie haben es nicht in einer guten Stunde getan; das Mithras und die Erbitterung über diesen Antrag im Volke ist die möglichen Resultate dieser Verfassungsänderung nicht werth. (Beifall links.)

Abg. Hänel (freis.): Bloße Opportunitäts- und Zweckmäßigkeitsgründe können hier um so weniger den Ausschlag geben, als die Gründe in der Hauptsache nur auf Wahrscheinlichkeitsberechnungen beruhen. Ich stelle diesen Opportunitätsgründen einfache Thatsachen gegenüber. Sie wollen die Unlust an dem vielen Wahlen vermindern. Wo liegt denn aber eigentlich die Antipathie und die mindere Pflichttreue? Vergleichen Sie doch die Betheiligung des deutschen Volkes an den Wahlen mit dem durchschnittlichen Präsenzstande dieses Hauses, und die Waagschale wird zu Ungunsten dieses Hauses ausschlagen. (Zustimmung links.) Ich würde Ihnen rathe, sich selbst in dieser Beziehung einmal die Leuten zu lesen. (Heiterkeit; Zurufe.) Ja wohl, ich nehme mich selbst nicht aus. Der zweite Opportunitätsgrund beruht in der Art und Weise des Wahlkampfes. Gewiß, wir haben 1878 und 1887 unangenehme, ekelergregende und aufregende Wahlkämpfe gehabt, aber gerade diese sind in Folge einer Auflösung hervorgerufen. Der dritte Grund soll in der Cumulation der Wahlen liegen. Man beruft sich auf das Beispiel Englands, welches ja die längsten, nämlich siebenjährige Wahlperioden hat. Wieviel Parlamente aber sind denn in England eines natürlichen Todes gestorben? Wo haben Sie eine föderative Verfassung mit längerer Legislaturperiode? In Amerika finden die Wahlen alle zwei Jahre, in der Schweiz alle drei Jahre statt. Herr Miquel hat 1867 die dreijährige Periode nicht ausschließlich mit dem Beispiel des preussischen Landtags, sondern mit wichtigen principellen Gründen empfohlen. Wir müssen dem Volke immer schwerere Lasten auflegen, und dasselbe muß deshalb mit den Institutionen des Reichs möglichst oft in Berührung treten können, um mit seinen Interessen, seiner Begeisterung an das Reich gefesselt werden zu können. Das ist ein Gegengewicht gegen particularistische Strömungen. Das hat Hr. Miquel damals deutlich ausgeführt gegenüber den Anträgen auf fünfjährige Wahlperioden. Es handelt sich nicht um eine Opportunitätsfrage, besonders wegen des Zusammenhangs mit dem allgemeinen Wahlrecht. Hr. v. Kardorff hat die Absicht eines Sturmlaufs gegen dasselbe in Abrede gestellt. Eine solche Dummheit werde kein Politiker begehen. Sie können aber den Wortlaut der Verfassung ruhig bestehen lassen und eine solche Summe von kleinen Änderungen vornehmen, daß von dem allgemeinen directen Wahlrecht so gut nichts übrig bleibt. Durch die Voraussetzung eines längeren Aufenthalts, höherer Altersgrenzen würden mit einem Male Massen von Wählern auscheiden. Gegen diese Methode hat sich weder Herr v. Kardorff noch Herr v. Hellborn erklärt. Für diese Herren ist der Antrag ein erster erfolgreicher Streich gegen das allgemeine Wahlrecht. (Gehr wahr! links.) Der Reichskanzler hat uns gestern die ernste Situation des deutschen Volkes geschildert, der wir mit unserer ganzen Kraft begegnen müssen, und hat an die Pflichttreue der Nation appellirt, die fortgerissen sein müßte in ihrer Begeisterung für die heiligen Interessen des Vaterlandes. Deshalb haben auch die coalirten Parteien die Pflicht, ihre Politik nach der äußeren Lage einzurichten und ihre Macht hier mit Maß zu gebrauchen. Glauben Sie Ihren Pflichten zu genügen, wenn Sie in breite Bevölkerungsmassen Gefühle des Abcheus, des Chels, das Gefühl hineinwerfen, daß sie mit Füßen getreten werden. (Dhol rechts.) Hier liegen bedrohte Grundfälle vor, und diese einseitige Interessenpolitik der Majoritätsparteien giebt einen Agitationsstoff von ungeheurer Stärke. Sie beschuldigen andere Parteien leichten Sinnes des Mangels an Patriotismus, hier haben Sie aber die Ehrenpflicht, selbst wenn wir die größten Sünder wären, in einer solchen Situation unsere Anhangung zu respectiren und nicht an den Volksrechten zu rütteln. Daß die Verlängerung der Legislaturperiode nicht einen verminderten Einfluß des Volkes bedeutet, kann keine Dialectik begründen. Darüber kommen selbst viele Anhänger der nationalliberalen Partei nicht hinweg. Als ich in einer Wahlversammlung der Befürchtung Ausdruck gab, daß die Coalitionsparteien die Verlängerung der Legislaturperiode beantragen würden, wurde ich von nationalliberalen Gegnern sogar der Verleumdung beschuldigt. Heute sind jene von der nationalliberalen Partei Lügen gestraft. Irrend welche praktischen Bedürfnisse sind für diesen Antrag nicht vorhanden. Der Bundesrath hat die neue Zusammensetzung des Reichstags nicht benutzt, um seinerseits die Initiative dazu zu ergreifen; er hat nicht einmal über die definitive Annahme eine Erklärung abgegeben. Nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers stellt sich der Bundesrath auf den Standpunkt, daß er in einer Zeit, wo so schwere Opfer vom Volke gefordert werden, nicht einmal den Anschein erwecken will, als ob von den verfassungsmäßigen Rechten des Volkes etwas abgerungen werden solle. Das war den Majoritätsparteien vorbehalten. Sie haben es nicht in einer guten Stunde getan; das Mithras und die Erbitterung über diesen Antrag im Volke ist die möglichen Resultate dieser Verfassungsänderung nicht werth. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff protestirt auf Grund der Geschäftsordnung dagegen, diesen Antrag, der auf einem ganz anderen Boden stehe, hier einzubringen. **Abg. Ricker:** Den Einwand des Abg. v. Kardorff verstehe ich nicht, zumal wenn er selbst zugiebt, daß sich unser Antrag mit dem über die Legislaturperiode in Verbindung bringen lasse. Gerade der Abg. Miquel hat diesen Antrag als eine Vorbedingung für die Verlängerung der Legislaturperiode bezeichnet. Er steht mit dieser in so engem inneren Zusammenhang, daß ich eine Abänderung der Verfassung ohne Diäten für unstatthaft halte, selbst wenn ich auf dem Standpunkt jener Herren stände. Ich glaube also, daß unser Antrag zulässig ist und zur Verhandlung kommen muß. **Abg. v. Bennigsen:** Abänderungsvorschläge sind nur dann zulässig, wenn sie mit der Hauptfrage in wesentlicher Verbindung stehen. Daß dies bei den Artikeln 24 und 32 der Verfassung, die von der Legislaturperiode bezw. den Diäten sprechen, der Fall ist, wird man schwerlich behaupten können. Auch kann ich mich auf Herrn Bamberger berufen, der in seiner Schrift eine andere Auffassung als die heute hier vorgebrachte vertritt. **Abg. Windthorst:** Niemand kann bestreiten, daß die Diätenfrage mit der Frage der Verlängerung der Legislaturperiode im engsten Zusammenhange steht. Denn wenn es schon jetzt sehr schwer ist, geeignete Persönlichkeiten für den Reichstag zu finden, so wird das nach der Verlängerung noch viel mehr der Fall sein. **Abg. v. Bennigsen:** In irgend einem Zusammenhange stehen alle Artikel der Verfassung; daß hier aber ein wesentlicher vorliegt, ist mindestens zweifelhaft. **Abg. Hänel:** Gebrauchen Sie die Auslegung der Geschäftsordnung in einem zweifelhaften Fall zu Gunsten der Majorität gegen die Minorität, Sie werden damit thun, was gewöhnlich im Parlamente nicht Sitte ist. **Abg. Windthorst:** Ich bin der Meinung, daß, wenn es zweifelhaft ist, man unter keinen Umständen den Wünschen der Minorität entgegenzutreten muß. Ich weiß recht gut, warum die Herren so vorgehen. Sie fürchten die Annahme des Diätenantrages, und damit ist Ihr Antrag gefährdet. **Abg. v. Bennigsen:** Die Herren Hänel und Windthorst haben darauf hingewiesen, wie gefährlich es sei, an der Verfassung zu rütteln. Jetzt beantragen Sie selbst eine weitere Aenderung und umgehen dabei die Bestimmung unserer Geschäftsordnung, welche für einen Gesetzentwurf drei Lesungen verlangt. **Abg. Windthorst:** Sie haben zuerst die Verfassungsänderung beantragt, und wir meinen, wenn man die Verfassung einmal ändern will, soll man sie ordentlich und zweckmäßig ändern. Nehmen Sie Ihren Vorschlag zurück, so fällt die Consequenz. **Abg. Singer** beantragt, den Antrag Ricker der Geschäftsordnungscommission zu überweisen. **Der Antrag Singer** wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, der Antrag Ricker gegen die Stimmen der Freisinnigen, Socialdemokraten und des Centrums. **§ 2,** nach welchem die Verlängerung der Legislaturperiode mit Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode in Kraft treten soll, wird ohne Debatte angenommen. Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. Wie sich jetzt herausgestellt hat, war der Wirrwarr in den Nachrichten über die Reisen Dr. Madenjes durch die falsche Meldung des Wolffschen Bureaus von der Rückkehr desselben nach London hervorgerufen. Dr. Madenjes ist am 3. d. nicht nach London, sondern in der That nach Barcelona abgereist, von wo er heute wieder in San Remo eintreffen soll. Professor Dr. Bergmann ist allerdings von hier abgereist, aber nicht nach San Remo, sondern nach — Ael!

[Minister v. Putschamer] hat sein Wort eingelöst. Die „Schuhleute“, Ziring-Mahlow und Naporra haben von dem Könige das allgemeine Ehrenzeichen erhalten als Genugthuung für die Verdächtigungen, denen sie durch „meineidige Zeugen“ ausgesetzt gewesen sein sollen. — Dem Verdienste seine Krone!

[Ursachen der landwirthschaftlichen Zwangsversteigerungen.] Für die Zeit vom 1. April 1886 bis 1. April 1887 haben statistische Erhebungen über die wirthschaftlichen Ursachen der Zwangsversteigerung ländlicher Grundstücke gemäß eingehender Berichte stattgefunden.

Von der Gesamtzahl dieser Ursachen entfielen auf eigenes Verschulden der Besitzer (schlechte Wirthschaft, Trägheit, Arbeitsscheu, Trunksucht, Verschwendung, Prozeßsucht u. s. m.) 41.95 Proc. freiwillige ungunstige Gutsübernahme (ungünstigen Kauf, Mangel an Mitteln zur Uebernahme und Bewirthschaftung) 19.55 „ Familienverhältnisse und Arankheit 10.00 „ geschäftliche Verhältnisse (Geschäftsverluste, Bauten, Betriebseinrichtungen, Speculationen, Bürgschaften) 6.73 „ Naturereignisse und Wirthschaftsunfälle 6.18 „ allgemeine ungunstige Lage der Landwirtschaft 5.92 „ ungeduldige Erbregulirung 5.72 „ Wucher und Uebervorthellung im Handel 3.09 „ sonstige Ursachen 0.86 „

Also in hundert Fällen der Zwangsversteigerung ländlichen Grundbesitzes haben nur sechs Fälle ihren Grund in der „allgemeinen ungunstigen Lage der Landwirtschaft“, und es liegt die Ursache bei fast 42 Fällen im eigenem Verschulden der Besitzer, bei fast 20 Fällen in ungunstiger Gutsübernahme, bei 10 Fällen in Familienverhältnissen, bei fast 7 Fällen in Geschäftsverlusten, Speculationen, Bürgschaften u. dgl., bei mehr als 16 Fällen in Wirthschaftsunfällen, bei fast 7 Fällen in ungeduldiger Erbregulirung, bei mehr als 3 Fällen in Uebervorthellung oder im Wucher. Daß auch der Landwirth zu Grunde geht, wenn er schlecht wirthschaftet, trägt und arbeitsscheu, dem Trunk oder der Verschwendung ergeben ist oder an Prozeßsucht leidet, wen wird, bemerkt dazu das „B. Tagebl.“, das wundern? Wer wird erstaunt sein, daß der Landwirth sein Gut nicht halten kann, der es weit über den Werth bezahlt und keine Betriebsmittel hat? Wer wird es nicht erklärlich finden, daß der Gutsbesitzer, welcher durch Arankheit an der Bewirthschaftung gehindert ist oder sich auf übermäßige Bauten und Speculationen eingelassen hat, in Vermögensverfall geräth? Wer wird es „Nothlage der Landwirtschaft“ nennen, wenn der Landwirth von Naturereignissen heimgeführt wird oder Wucherer in die Hände gefallen ist oder bei der Erbtheilung Verpflichtungen gegen die Erben übernommen hat, welche er verständig Weise nicht hätte eingehen sollen?

[Weincommission.] In der gestrigen Sitzung der Reichstagscommission für den Gesetzentwurf, betreffend den Verkehr mit Wein, fand § 4 in der von den Abgg. Graf Adelmann und Genossen beantragten Fassung zur Verhandlung. Derselbe lautet: „Säuren oder säurehaltige Stoffe — insbesondere Weinstein, Weinsäure, Citronensäure oder Zamarinden — sowie ätherische Stoffe (s. g. Bouquetstoffe), und ferner lösliche Aluminiumsalze (Alaun u. c.), Bariumverbindungen, Bleiverbindungen, Glycerin, Kermesbeeren, Magnesiumverbindungen, Salicylsäure, unreiner (freien Amylalkohol enthaltender) Spirit, überhaupt jede gesundheitsgefährliche Substanz oder Gemische, welche einem der obenbenannten Stoffe enthalten, dürfen Wein, einhaltigen oder wein-

ähnlichen Getränken, welche bestimmt sind, anderen als Nahrungs- oder Genussmitteln zu dienen, bei oder nach der Herstellung nicht zugesetzt werden. Die Umwandlung von weissem Wein in rothen Wein durch Verwendung von Farbstoffen ist verboten.“ Es entwickelte sich zunächst eine lebhafte Debatte darüber, ob Säuren oder säurehaltige Stoffe verboten werden sollen. Abg. Dr. Bühl beantragt, dieselben, mit Ausnahme der Kohlen Säure, zu verbieten. Von den Abgg. Kache und v. Cuny wird es nicht für richtig gehalten, in der vorgeschlagenen Fassung die gesundheitsgefährlichen mit den gesundheitsunschädlichen zusammen zu werfen. Director Höfler hat große Bedenken wegen des Verbots der Säuren, ebenso Abg. Dr. Bamberger, indem dadurch die reelle Fabrication von Kunstweinen verboten würde, während Abg. Dr. Büchlin mit Wärme für das Verbot eintritt und beantragt, um den berechtigten Wünschen entgegenzukommen, das Verbot der Säuren in einem besonderen Paragraphen zu formuliren. Wegen des Beginns der Plenarsitzung wurde sodann die Fortsetzung der Discussion auf Mittwoch Vormittag verlag.

[Zur Abschaffung der Kürasse] veröffentlicht das „Dtsch. Tagebl.“ einen längeren Artikel, wonach der Kriegs-Minister Verluce anstellen ließ, bei welchen die Kürasse mit Thierfleisch gefüllt und dann mit kleinkalibrigen Gewehren beschossen wurden. Man sagt, hierzu sei auch das Bebel-Gewehr herangezogen gewesen. Hierbei ergab sich folgendes: Der Kürassier „mit Kürass“ wird nicht allein von dem Geschöß so verwundet, als ob er keinen Schutzpanzer trüge, sondern das Geschöß treibt Metall und Pulverstücke des Kürasses ebenfalls in den menschlichen Körper und verursacht auf diese Weise mehrere gefährliche Verwundungen. Auf Grund dieser Versuche hat nun der mit der Abfassung des Berichts beauftragte Ausschuss sein Urtheil abgegeben, in welchem in entschiedenster Weise für die Ablegung des Kürasses eingetreten wird. Die Abfassung des Berichts sind General von Rosenberg, Oberst Graf v. Wedel und Oberstleutnant v. Langenbeck.

Man wird sich erinnern, bemerkt dazu die „Freis. Ztg.“, daß die Fortschrittspartei schon vor Jahren im Reichstage die Abschaffung der Kürasse befürwortet hat. Damals aber spotteten „die Sachverständigen“ über ein solches laienhaftes Verlangen.

Rechnliche Gründe führen den Ruin jedes Geschäftsmannes herbei, aber kein Geschäftsmann wird deshalb billiger Weise verlangen, daß ihm die Erzeugnisse seiner Thätigkeit höher bezahlt werden sollten, als sie werth sind.

[Galtsteuer und -Zoll.] Nach einer dem Reichstage seitens der Budgetcommission jugestellten Nachweisung der Netto-Einnahmen an Galtsteuer und Salzpoll in den Etatsjahren 1878/79 bis 1886/87 hat die Zunahme dieser Einnahmen durchschnittlich jährlich 367 786 Mark betragen.

Galle, 5. Februar. Der Anarchist Neve, der in der hiesigen Straf-Anstalt seine Strafe verbüßt, wird in seinem Handwerke, der Tischlerei, beschäftigt. Er spricht mit den Beamten nur die allernöthigsten Worte. Gabbannes, der im December v. J. wegen Landesverrats verurtheilt einstmalige Beamte des Straßburger Bezirkspräsidiums, arbeitet Cigarren.

Dresden, 7. Februar. Der Erzhzog Otto und seine Gemahlin, die Tochter des Prinzen Georg, trafen heute früh hier ein. (W. I.)

Koblenz, 7. Febr. Der Traject Bonn-Oberkassel ist heute Vormittag 9 Uhr wieder in Betrieb gesetzt worden.

München, 7. Febr. [Abgeordnetenhammer.] Bei der Berathung des Volksrechtsetzels hob der Abg. v. Schauß die Wichtigkeit des Lehrstandes für die Zukunft des Reichs hervor und erwähnte dabei die gestrige Reichstagsitzung, indem er auf die so mächtigen Eindruck machende Rede des Reichskanzlers hinwies und die Einigkeit und Opferwilligkeit der Nation betonte. Der Berichterstatter des Centrums, Daller, stimmte den Ausführungen des Abg. v. Schauß zu. In Bezug auf die Lehrfrage wolle er principielle Fragen diesmal um so weniger erörtern, als der Cultusminister den bei der lehtjährigen Versammlung der bairischen Lehrer erfolgten Aeußerungen keineswegs durchweg beipflichtete.

Oesterreich-Ungarn. **Wien, 7. Febr.** Im Abgeordnetenhaus wurde heute vom Handelsminister eine Nachtragsforderung von 1 600 000 Fl. für Staatseisenbahnbauten eingebracht. (W. I.)

Italien. **Rom, 5. Februar. [Mängel in Massaua.]** In der Zwischenzeit des ungeduldrigen Harrens, bis sie eine entscheidende Action werden zu vermögen haben, beschäftigen sich die Berichterstatter der römischen Blätter in Massaua viel mit Kritik der Unwissenheit der höheren Officiere und des Ministeriums selbst über das Land, das jetzt so viele italienische Millionen verschlingt, über die schlechte Verpflegung der Truppen und die ebenso kostspieligen als schlechten Einkäufe, welche für dieselben gemacht werden. So rügt man mit Recht, daß, im Gegensatz zu England und Frankreich in gleichem Falle, kein Minister noch Deputirter in Italien etwas aus eigener Anschauung über das Land weiß, das hier selbst jetzt so große Aufmerksamkeit auf sich zieht, daß die Berichte einzelner competenten Reisenden jetzt erst aus dem Staub der Archive und Kanzleien gezogen werden, ja, daß man es sich in den Jahren relativer Freundschaft mit den Eingeborenen durchaus nicht hat angelegen sein lassen, eine tüchtige und genaue Karte des jetzigen Kriegsschauplatzes aufzunehmen, was die militärischen Operationen nur erschweren kann. In den Händen eines reichen, listigen und gewissenlosen Unterhändlers, der allein es verstanden hat, Handelsverbindungen mit dem Sudan zu eröffnen, liegen theilweise die Armeelieferungen. Von 1000 Schladtschiffen seiner Lieferung sind in wenigen Tagen 570 verendet, denen man die Anstechung mit Fleckentypus zuschreibt, die eben in Massaua unter den Vierzehner herrscht und die Pferdenoth sehr vermehrt, über die daselbst lange schon vergeblich geklagt wurde. Der italienische Soldat übertrifft an Genügsamkeit gewiß jeden anderen aus den nördlicheren Ländern Europa's; wenn er aber den Reis, den er vier- bis fünfmal die Woche in Massaua als Mittagsmahl erhält, lieber wegwirft und hungert, so läßt dies auf sehr schlechte Verpflegung schließen, von verschiedenen Seiten werden deshalb beachtenswerthe Stimmen laut, die zur Abhilfe solch augenfälliger Mängel auffordern.

Das Blatt „Esercito“ in Rom bemerkt übrigens betreffs der abessinischen Expedition, zur Bewachung von Massaua und anderen besetzten Stellungen könne ein Specialcorps ausreichen, welches eben hierfür gebildet worden sei; natürlicherweise könne niemand sonst als die Regierung den geeigneten Augenblick für eine größere oder geringere Dringlichkeit einer solchen Maßregel beurtheilen.

Beilage zu Nr. 16911 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 8. Februar 1888.

16. Ziehung d. 4. Klasse 177. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. Februar 1888, Nachmittags.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.
(Ohne Gewähr.)

80 93 140 74 627 34 [500] 42 726 919 91 1294 439
57 517 27 50 2038 92 106 99 232 56 83 95 304 402 534
794 84 986 [300] 8027 126 41 239 367 454 69 [1500] 536
43 47 99 609 24 711 801 87 [300] 931 54 79 4155 474
824 66 954 69 79 5133 57 256 [1500] 318 481 590 665
762 91 876 916 6088 285 388 419 65 [3000] 583 659 721
857 7138 82 230 83 507 [3000] 5013 222 79 [300] 313
[1500] 46 61 413 841 935 9006 26 37 [1500] 67 115 70 84
561 745 822 90 918 [3000]

10010 108 204 80 530 602 51 63 [500] 93 854 75 969
11241 58 63 305 87 98 482 88 535 723 65 83 95 893
12105 283 470 75 504 14 792 830 53 992 12308 50 369
91 621 61 826 [1500] 40 41 14219 77 91 [300] 473 585 757
816 907 43 15041 119 64 289 365 557 [1500] 71 654 85
90 713 829 16105 92 402 47 59 682 86 733 17229 76
316 98 423 57 88 551 607 43 729 37 46 [1500] 88 55 833
87 926 43 18134 83 96 412 581 608 39 774 962 19057
60 75 184 87 206 78 92 303 494 512 50 [3000] 92 621 23
39 75 850 931 37

20072 73 215 419 [3000] 44 597 603 87 755 971 21042
116 55 229 378 545 609 48 733 22003 153 70 425 588
907 35 79 23068 139 479 561 65 605 798 870 24094
[500] 152 207 56 59 391 474 621 54 745 801 936 42 62
25007 86 159 207 341 60 95 427 719 76 26031 144 49
280 95 469 626 65 708 828 70 75 915 27038 117 34 68
90 341 68 453 61 [1500] 606 76 786 838 905 66 22142
296 391 485 552 56 630 770 62 80 91 [500] 846 921 29019
119 69 239 367 426 590 677 763 [3000] 803 29 99 934 44
30119 313 69 433 671 755 [500] 68 927 31115 22
[500] 58 98 202 80 358 [1500] 458 538 78 626 38 [3000]
744 80 62 98 970 32060 83 124 218 367 400 550 76 681
728 835 63 94 [3000] 985 33020 126 41 317 438 725 71
520 68 902 38 34066 182 289 373 458 592 676 736 849
[1500] 988 35298 390 540 639 730 837 994 96 34006
249 304 81 522 53 75 604 700 834 925 31 37014 68 87
369 78 90 439 572 657 68 936 32683 319 490 508 90 622
[3000] 36 708 892 [500] 39109 442 519 [3000] 67 614
88 737 [3000] 855 945

40111 85 300 87 429 43 48 96 516 609 [300] 29 41012
26 70 117 38 241 81 350 [1500] 84 98 612 37 63 784 848
42216 27 63 356 402 29 586 842 84 953 43108 55 275
83 [1500] 303 91 408 48 533 57 716 842 57 78 947 [300]
49 93 44005 89 123 46 [1500] 200 365 93 639 700 [5000]
99 84 92 915 45001 103 [3000] 84 238 67 319 62 68 404
12 14 27 554 657 716 46004 [300] 45 99 215 21 81 364
424 35 547 [500] 670 727 28 93 911 26 47013 217 313 70
84 415 45 546 629 89 895 909 38 48152 236 405 [5000]
684 97 945 49003 24 [500] 102 512 762 893
50046 75 206 34 63 325 577 626 729 871 918 46
51183 255 342 442 57 605 629 78 718 67 801 21 949 59
52000 70 [500] 245 347 66 625 875 983 99 53156 216
349 52 83 [300] 531 [500] 689 793 99 54040 [1500] 145
297 320 596 618 77 918 55052 54 78 220 397 445 99
[3000] 545 626 38 [300] 64 806 65 [500] 71 903 36 79 56066
323 83 89 557 650 300 57396 646 89 90 877 924 49
58202 47 [1500] 319 63 81 49 426 30 601 19 39 [300] 52
754 333 909 59244 337 51 89 436 579 84 [3000] 696
[3000] 725 894

60071 79 117 314 69 98 419 51 788 904 13 83 87 61116
205 308 866 984 62064 167 263 373 571 619 56 57 767
825 [300] 64 630 297 200 349 576 888 909 61 71 64153 83
317 [1500] 20 823 94 65104 [1500] 378 440 783 898 907
66132 326 47 68 436 85 524 [1500] 64 687 793 807 935
67034 95 174 227 327 44 425513 35 53 70 71 633 [10000]
707 22 73 878 965 68007 102 [3000] 203 61 448 70 584
888 54 908 69075 162 235 413 544 83 94 611 729 807
70048 172 204 315 51 450 55 72 90 518 71 676 809 956
[1500] 71538 59 77 739 879 917 72020 64 181 [300] 322
426 519 66 741 844 61 99 8 73001 223 33 [300] 328 86
74211 42 [500] 59 334 82 669 862 75004 134 290 335
432 677 767 827 32 44 57 60 95 900 19 76165 420 81
785 930 57 7077 81 82 [500] 339 [3000] 410 578 82 88
654 85 706 78130 263 395 434 79 589 828 93 79020 235
312 48 616 89 722 941 45

80045 123 73 86 278 304 639 55 718 998 [500] 81011
74 92 121 242 66 422 55 75 87 540 702 13 61 82017 146
79 232 74 [1500] 319 563 618 [500] 725 57 83057 104 236
[1500] 438 [300] 784 804 38 93 942 52 84006 164 248 54
57 496 98 573 699 705 20 23 35 804 50 96 947 52 82 [300]
85 96 85006 20 91 162 550 [500] 787 820 43 947 86149 271
341 [300] 427 687 645 725 806 [3000] 87142 288 338 440
66 70 89 [300] 584 615 71 78 738 88141 245 [500] 424
624 91 766 95 882 89005 7 65 161 377 409 23 523 644
740 61 829 65 [500] 999

90060 [300] 252 455 68 78 89 528 695 781 827 91089

98 [3000] 181 92 328 413 606 29 740 865 67 68 91 976
92020 181 301 427 527 77 656 712 34 51 93158 79 316 66
466 576 [500] 78 678 710 43 72 866 85 97 [300] 94027 56
235 396 [500] 510 [1500] 17 25 621 81 791 907 95055 85
204 331 60 443 50 503 669 857 957 96042 48 214 61
349 66 418 590 [500] 665 705 97171 279 96 434 39 622
32 79 [300] 724 887 98030 93 441 826 946 99045 122
203 40 50 540 648 75 86 799 995

106019 124 52 486 578 [500] 712 101004 20 117 65
69 423 44 563 615 881 904 102239 432 46 76 666 776
875 948 82 90 103227 352 474 [1500] 502 3 19 91 696
708 104075 235 94 318 544 86 94 99 703 50 821 62
105002 294 390 [1500] 456 99 598 629 824 931 91 106009
15 21 61 [500] 225 320 28 504 670 96 102033 [3000] 101
259 77 372 762 847 554 909 69 108007 27 178 [300] 298
527 614 775 [1500] 81 89 [300] 849 770 979 109088 245
88 678843 951

110046 235 51 66 321 42 442 75 683 943 47 55 79
111179 81 251 328 33 476 580 719 821 965 112060 87 178
950 457 75 506 652 738 43 [3000] 881 936 [500] 113012 274
33 423 554 637 748 73 819 23 57 114073 [300] 170 89
592 607 862 909 115030 110 58 312 58 99 474 732 34
898 949 [500] 116050 102 [3000] 289 98 351 [3000] 61 511
39 [1500] 631 42 966 117076 100 [300] 19 89 347 69 411
89 547 64 [500] 715 57 [1500] 830 [300] 55 118037 81 140
429 57 61 563 765 63 73 119108 [300] 441 658 59 781

120083 101 326 99 629 91 892 121054 [500] 80 [3000]
195 283 [1500] 371 90 434 51 [3000] 65 536 617 877 872 93
966 93 122054 75 168 200 405 506 661 802 21 900
123014 282 389 601 12 89 100000 706 806 99 968 124142
209 81 307 32 408 536 619 [1500] 59 74 766 929 40 125056
254 57 59 93 324 [300] 439 44 577 [1500] 610 742 91 841
47 997 126182 301 42 529 87 672 782 875 85 908 10
127010 128 263 306 54 703 128103 214 377 84 487
703 75 95 878 978 129106 438 66 618 711 18 38 834 79

130146 67 250 336 416 580 629 704 869 131049 50
103 13 228 37 484 553 64 667 712 43 38 92 826 [3000] 906
39 90 132036 129 69 [1500] 77 331 53 62 71 413 909
135232 342 [3000] 435 513 37 801 71 134035 239 424
556 79 790 833 135056 212 97 522 79 692 723 74
136275 720 802 910 87 90 137042 [300] 65 274 468 532
40 663 138265 334 438 56 698 859 96 934 139013 34
272 316 46 403 735 46 55 89 802 52 937

140076 119 86 251 471 686 881 979 141106 303 478
590 725 840 [3000] 73 990 142090 135 255 74 83 385
684 917 143181 440 58 611 916 35 56 144095 188 273
392 626 87 778 816 968 145073 207 339 [3000] 86 560
[3000] 605 736 830 922 63 146291 330 46 82 469 687 818
147085 101 208 56 321 [300] 478 653 775 827 148188
227 333 89 522 [1500] 618 64 910 149283 310 59 483
735 52 904

150002 19 193 296 368 [300] 420 571 817 18 30 91 919
[500] 69 [1500] 151111 12 36 208 36 88 349 415 27 611 71
861 958 152117 285 311 15 31 [300] 70 466 92 [500] 651
725 88 [500] 910 79 153252 327 469 87 561 625 770
[300] 821 154021 115 22 302 40 51 434 521 63 [10000]
636 81 721 41 82 848 63 [500] 155008 39 122 401 83
121 810 [300] 87 [500] 156058 108 19 70 200 460 65
620 747 899 [1500] 932 [500] 46 157126 273 447 505 961
75 158125 41 354 58 67 516 [1500] 740 [500] 801 30
159037 90 242 85 432 554 [3000] 55 602 907

160016 159 735 973 161110 15 315 41 420 523 54
610 801 78 947 50 162134 217 571 622 48 759 83 803
989 95 163101 80 [3000] 281 350 64 [3000] 476 624 50
707 [500] 44 64 972 [1500] 89 164001 43 362 80 59 535
38 60 607 25 83 772 929 78 165099 147 224 316 79 99
41 32 520 659 732 73 918 32 166409 27 374 531 723 29
896 167126 50 202 [500] 4 447 591 324 963 75 83 168006
101 293 [5000] 395 416 85 592 637 99 754 94 833 926 34
169107 243 393 [1500] 651 735 [1500] 965 [3000]
170236 805 44 426 37 70 511 30 686 824 985 171018 55
155 281 760 54 870 937 87 172025 69 266 316 71 74 454 55
[1500] 566 728 88 999 173555 425 [500] 83 566 647 87
733 174145 367 427 521 703 [500] 818 921 175020 54
152 91 98 217 39 41 373 529 55 [3000] 65 750 51 176131
225 460 522 633 57 825 929 177001 219 60 96 402 51
15 42 883 904 178061 134 [500] 232 318 34 529 716 910
35 67 179026 60 115 65 369 438 616 27 49 721 29 57
58 73 887

180024 38 86 194 279 381 431 63 83 518 617 29 50
64 751 828 39 181010 44 168 [1500] 82 213 72 352 97
690 759 82 893 968 182134 86 [3000] 336 608 88 720 55
[300] 99 986 183008 41 45 46 160 [1500] 275 332 433
[1500] 540 632 51 763 184107 31 31 95 224 [300] 89
335 82 429 538 632 89 [3000] 90 [300] 94 705 185029
133 70 247 390 400 [1500] 956 [500] 69 186044 213 51
338 44 732 942 65 187078 171 421 97 611 75 700 79 828
972 78 86 92 188103 44 221 339 540 96 619 712 914
189060 [300] 87 [3000] 334 526 75 763 76 872 963

16. Ziehung d. 4. Klasse 177. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. Februar 1888, Nachmittags.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.
(Ohne Gewähr.)

25 50 [300] 60 401 50 [3000] 59 534 756 1049 146
78 [3000] 347 67 431 510 789 957 2141 48 203 339 443
546 95 665 718 865 989 93 94 8092 279 96 302 441 52
519 64 65 85 697 837 38 [3000] 54 62 934 [3000] 55 4035
275 90 316 [500] 555 [300] 517 23 46 38 5107 245 59
801 32 6027 77 329 41 729 93 879 941 7164 269 382
431 774 876 [3000] 84 908 8010 38 77 186 265 362 502 27
762 [3000] 803 34 923 37 48 9008 [1500] 62 149 91 460
70 504 76 787 97 819 71 900 [300]

10015 106 535 79 [1500] 847 913 [500] 71 11008 322
70 474 650 84 [1500] 790 951 12027 517 27 611 706 43
968 18048 234 47 [500] 49 56 77 300 54 475 605 18 792
96 819 38 89 91 14095 198 99 216 28 33 [3000] 306 464
519 38 60 63 77 634 59 853 74 923 46 15112 93 [1500]
226 425 551 98 610 46 [500] 865 71 [300] 982 16107 35
235 46 [3000] 61 68 409 28 79 91 17014 97 [500] 180 84
238 [1500] 318 58 59 413 96 592 635 72 710 857 72 [500]
18028 326 [3000] 473 615 48 612 868 981 19179 296
[300] 98 513 34 [500] 37 736 854 [300] 981

20369 997 [3000] 21078 181 279 423 99 715 21 66
85 902 22305 55 407 [300] 91 [500] 543 49 823 [1500]
28013 20013 51 73 185 98 249 [500] 74 373 475 [3000] 553
[1500] 603 71 895 24339 58 68 96 406 48 528 641 62
884 915 25316 413 51 96 551 740 837 74 [500] 86 960
26279 [3000] 94 307 15 524 39 600 88 [500] 744 916 84
27000 9 121 [3000] 86 282 548 635 [1500] 829 51 85 922
56 28173 90 251 62 48 627 549 605 897 940 50 [500] 29071
246 86 358 96 542 61 644 49 704 48 801 74 993

30071 168 99 342 64 476 567 97 705 971 81052 225
595 618 768 851 933 69 [3000] 83 32158 228 98 881 86
567 714 30 880 33118 64 256 479 597 636 828 67 [3000]
34204 [3000] 580 641 69 90 869 91 33 [1500] 56 85000
156 82 257 340 468 76 582 655 770 [1500] 830 78 6263
70 313 64 76 494 847 74 911 37095 360 408 570 799
812 [300] 38064 [3000] 124 257 394 404 538 85 747
39173 389 425 511 728 81 804 6 16 39

40035 114 18 223 62 427 78 620 757 935 38 41065
94 [1500] 167 96 202 19 349 520 705 58 72 [1500] 921 61
42078 261 523 34 53 769 887 43204 [500] 22 34 [5000] 369
631 701 817 30 844 940 89 44017 150 75 81 225 71 82 328
487 583 718 902 74 45219 537 631 74 748 46050 196
314 17 69 [300] 473 76 503 53 83 650 74 725 876 935 55
68 47003 [300] 173 211 81 [300] 426 517 696 767 817 87
48002 25 251 75 305 7590 71 75 977 90 49000 46 145
59 250 381 540 58 63 628 53 710 20 892 90

50201 872 454 612 31 51039 73 98 166 244 95 533
70 688 715 885 900 58 52061 286 330 89 416 18 92 512
79 783 840 79 952 78 53055 84 103 97 246 395 402 581
650 729 68 893 96 984 54032 219 329 59 81 427 92 970
55071

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 7. Februar.

Zweite Berathung des Staatshaushalts pro 1888/89. Etat des Finanzministeriums.

Bei den dauernden Ausgaben (Ministiergehalt) beklagt Abg. Wehr-Dt. Krone (freiconf.), daß die finanzielle Lage der östlichen Provinzen trotz der neuen Branntweinsteuer eine sehr gedrückte sei und daß man bei Ausführung des Branntweinsteuergesetzes nicht mehr auf die Wünsche der Landwirtschaft Rücksicht genommen habe. Das Spiritusgesetz habe der östlichen Landwirtschaft eher geschadet als genützt. Die Aufhebung des Identitätsnachweises beim Getreide würde Handel und Landwirtschaft des Ostens wesentliche Dienste leisten. Der Ausfall für die Staatskasse würde wohl nicht so schwer ins Gewicht fallen, wie der Finanzminister anzunehmen scheine.

Minister v. Scholz: Auf die Ausführung des Branntweinsteuergesetzes werde ich bei dem Etat der indirekten Steuern zurückkommen. Die Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises ist eine so schwierige, daß ich wohl erwartet hätte, der Vorredner hätte mich vorher benachrichtigt, daß er bei den dauernden Ausgaben des Finanzministeriums mit interpelliren würde. Ich bitte aus meinem Schweigen keinen Schluß ziehen zu wollen. Meines Wissens hat es die Regierung niemals fehlen lassen an der Bethätigung des besten Willens, auch dem Osten gerecht zu werden.

Abg. v. Lyncker (conf.) macht den Minister auf die prekäre Lage der kleinen landwirtschaftlichen Brenner in Folge des neuen Branntweinsteuergesetzes aufmerksam. Die Ursache sei vornehmlich zu suchen in der Contingentirung des Spiritus, welche es den kleinen Brennereien nur ermöglichte, zwei Monate zu brennen. Gegenden mit leichtem Boden, angewiesen auf eine rationelle Futterkultur, würden hierdurch ganz besonders geschädigt. Es scheine, als ob man die kleinen Brennereien bei dem Branntweinsteuergesetz vergessen habe.

Minister v. Scholz: Die kleinen Brennereien sind nicht vergessen worden, weder von der Regierung noch von den Parteien. Die mäßigen Steuerfätze für die kleinen Brennereien beruhen gerade darauf, daß die kleinen Brennereien nicht so viel Spiritus aus der Maische zu ziehen im Stande sind, wie die großen.

Abg. v. Winnigerode (conf.) spricht dem Minister seine Anerkennung aus über die Ausführung des Branntweinsteuergesetzes und betont auch seinerseits die Nothwendigkeit der Aufhebung des Identitätsnachweises.

Abg. Meyer-Breslau (frei.): Der Abg. Lyncker hätte seine Rede vor Erlaß des Branntweinsteuergesetzes im Reichstage halten sollen, jetzt ist es zu spät. Wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß die Wirkungen des Branntweinsteuergesetzes namentlich hinsichtlich der kleinen Brennereien vorher garnicht abzusehen seien; möchten die Herren daraus die Lehre ziehen, daß sie sich vor Ueberhaftung in der Gesetzgebung in Acht nehmen müssen. Das bezieht sich auch auf die Aufhebung des Identitätsnachweises. Es handelt sich hier um eine überaus schwierige Frage, über die wohl keine Partei ganz ins Reine gekommen sei. Allerdings würde ja die Landwirtschaft mit diesem Gesetze wohl zufrieden sein.

Abg. Wehr-Dt. Krone: Die Aufhebung des Identitätsnachweises soll in den nächsten Tagen auf die Tagesordnung des Reichstages kommen. Der Minister muß also doch schon darauf vorbereitet sein. Aus seiner späten Antwort schöpfe ich allerdings wenig Hoffnung über das Schicksal des Antrages. Von Geschenken an die Landwirtschaft habe ich gar nicht gesprochen, Hr. Meyer. Ich finde es nicht nobel, vom Staate Geschenke auf Kosten anderer zu verlangen.

Minister v. Scholz: Gewiß habe ich mir schon seit langem meine Meinung über die Aufhebung des Identitätsnachweises gebildet. Aber ich kann hier nicht improvisirt eine Erklärung abgeben in einer Frage, in der die preussische Regierung an die Mitwirkung der verbündeten Regierungen gebunden ist. Wenn der Vorredner aus meiner Antwort Schlüsse ziehen will nach seinem Sinne, so bin ich dagegen ohnmächtig; er kann noch mehr daraus ziehen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Tiedemann-Bornst (freiconf.) glaubt, daß die kleinen Brennereien durchaus gerecht behandelt worden sind.

Abg. Sattler (nat.-lib.): Die Wirkungen des Branntweinsteuergesetzes ganz zu beurtheilen, ist man jetzt noch nicht im Stande.

Abg. Anauer (conf.) spricht sich gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises aus; dieselbe werde nur im Interesse einiger Seestädte gefordert; nur der Großhandel könne dabei profitieren, nicht der Grundbesitz.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (conf.) bittet um Erhöhung der Gehälter der höheren Verwaltungsbeamten. Alle Dinge des Lebensunterhalts mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Massenproducte seien theurer geworden; in öffentlichen Aemtern nichtstaatlicher Natur habe man dies auch längst im Gehalt zum Ausdruck gebracht. Zu erwägen sei, ob nicht vielleicht die Zahl der oberen Verwaltungsbeamten vermindert werden könnte; die Einführung der Selbstverwaltung habe auf fallender Weise eine Verringerung dieser Beamten nicht zur Folge gehabt.

Unterstaatssecretär Meinecke sagt dem Abg. v. Meyer Berücksichtigung seiner Wünsche zu; die Gehälter der oberen Verwaltungsbeamten würden in Verbindung mit denen der höheren Beamten überhaupt erhöht werden.

Es folgt der Etat des Handelsministeriums. Bei dem Kapitel „Handels- und Gewerbeverwaltung“ liegt folgende Resolution des Abg. Hitze (Centr.) vor: „Die Staatsregierung zu ersuchen, unabhängig von den ausgangsweisen Mittheilungen der Leiter des Reichsamtes des Innern, die amtlichen Jahresberichte der preussischen Fabrikinspektoren im wesentlichen unverändert und unverkürzt zu veröffentlichen.“

Unterstaatssecretär Magdeburg bittet um Ablehnung des Antrages, da die Form der Veröffentlichung dieser Berichte von den Beschlüssen des Reichstages abhängig gemacht werden müsse.

Abg. Broemel (frei.) unterstützt den Antrag Hitze. Der Generalbericht genüge für die beteiligten Kreise nicht, dem socialen Frieden könne nur gedient werden, wenn die vorhandenen Uebelstände durch Veröffentlichung des gesammten Materials aufgedeckt werden. Der Antrag könne umsoweniger zu Bedenken Veranlassung geben, als eine Anzahl anderer Regierungen bereits mit solchen Veröffentlichungen vorangegangen sind. Staatsminister v. Boetticher stellt die Beschlussfassung über den Antrag dem Hause anheim, da er dieser Frage von jeher durchaus objectiv gegenüber gestanden habe.

Der Antrag geht hierauf an die Budgetcommission. Nächste Sitzung: Mittwoch.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 7. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 165 bis 170. Roggen loco ruhig, mehlburgischer loco neuer 122 bis 128, russischer loco ruhig, 90 bis 96. Hafer still. Gerste still. Rüböl matt, loco 47,00. Spiritus matt, per Februar-März 22 1/2 Br., per März-April 22 1/2 Br., per April-Mai 22 1/2 Br., per Mai-Juni 22 3/4 Br. Kaffee matt. Petroleum matt, Standard white loco 7,35 Br., 7,25 Cb., per August-Dezember 7,30 Br. — Thauwetter.

Hamburg, 8. Februar. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product, Basis 88° Rendem., frei an Bord Hamburg per März 15,20, per April 15,30, per November 13,00, per Dezember 13,00. Fest.

Hamburg, 7. Februar. Kaffee good average Santos per März 64 1/2, per Mai 63 3/4, per Septbr. 60, per Dezember 58 3/4. Flaue.

Havre, 7. Februar. Kaffee good average Santos per Febr. 77,25, per Mai 76,75, per August 74,00, per Dezbr. 72,25. Unregelmäßig.

Bremen, 7. Februar. Petroleum. (Schluß-Bericht.) Flaue. Standard white loco 7,50 Br.

Frankfurt a. M., 7. Februar. Effecten-Societät. (Schluß.) Credit-Actien 215. Franzosen 171 3/4, Combarben 64 3/4, Galtier 155 1/4, Aegyptier 74,40, 4% ungar. Goldrente 77,60, 1880er Russen 77,30, Gothard-Bahn 113,20. Disconto-Commandit 187,80. Mehlburger — Abgeschwächt, still.

Wien, 7. Februar. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 78,25, do. 5% do. 93,10, do. Silberrente 79,40, 4% Goldrente 108,20, do. ungar. Goldr. 97,15, 5% Papierrente 83,50, 1854er Loose 130,75, 1860er Loose 132,50, 1864er Loose 165,00, Creditloose 177,00, ungar. Prämienloose 119,00, Creditactien 270,40, Franzosen 213,00, Combarben 81,50, Galtier 192,50, Lomb.-Cern. 210,25, Warbub. 147,00, Nordwestbahn 152,50, Elbehalf. 155,50, Kronprinz-Rudolfbahn 178,50, Böhm. West 283,50, Nordbahn 247,00, Unionbank 192,00, Anglo-Aust. 99,00, Wiener Bankverein 83,00, ungar. Creditactien 273,00, deutsche Bläse 62,20, Londoner Wechsel 126,80, Pariser Wechsel 50,20, Amsterdamer Wechsel 105,20, Napoleons 10,03 1/2, Dukaten 5,97, Marknoten 62,17 1/2, russ. Banknoten 1,08 3/4, Silbercoupons 100,00, Länderbank 207,75, Tramway 213,75, Tabakactien 72,00, Buschthieraderbahn 217,50.

Amsterdam, 7. Februar. Getreidemarkt. Weizen per März 192, per Mai 194. Roggen per März 105-104, per Oktober 108.

Antwerpen, 7. Febr. (Schlußbericht.) Weizen schwach. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste behauptet.

Antwerpen, 7. Februar. (Schlußbericht.) Petroleummarkt. Raffinirtes, Type weiß, loco 19 bez., 19 1/2 Br., per März 18 3/4 bez., 18 1/2 Br., per April-Juni 18 Br., per Sept.-Dez. 18 1/2 Br. Weichend.

Paris, 7. Februar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen ruhig, per Februar 23,40, per März 23,50, per März-Juni 23,90, per Mai-August 24,10. Roggen ruhig, per Febr. 14,10, per Mai-August 14,60. Mehl ruhig, per Februar 51,75, per März 51,80, per März-Juni 52,10, per Mai-August 52,60. Rüböl ruhig, per Febr. 54,25, per März 54,25, per März-Juni 54,25, per Mai-August 54,25. Spiritus fest, per Febr. 47,50, per März 47,75, per März-April 47,75, per Mai-August 48,25. — Wetter: Milde.

Paris, 7. Februar. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 85,05, 3% Rente 81,42 1/2, 4 1/2% Anleihe 106,65, italien. 5% Rente 93,17 1/2, österreichische Goldrente 87 3/4, 4% ungar. Goldrente 77 1/4, 4% Russen be 1880 77,60, Franzosen 425,00, Lomb. Eisenbahnactien 178,75, Combarb. Prioritäten 285,00, Convert. Türken 14,10, Türkenloose 35,60, Credit mobilier 301, 5% Spanier 67 1/4, Banque ottomane 503,85, Credit foncier 1368, 4% unific. Aegyptier 374,69, Suez-Actien 2106, Banque de Paris 743,00, Banque d'escompte 453,00, Wechsel auf London 25,23, Wechsel auf deutsche Bläse (3 Mt.) 123 3/16, 5% privil. türk. Obligationen —, Panama-Actien 287, Rio Tinto 543,12.

London, 7. Februar. An der Rüste angeboten 1 Weizenladung. — Weiter: Milde.

London, 7. Febr. Consols 102 1/8, 4% preuß. Consols 105, 5% italien. Rente 92 3/4, Combarben 7, 5% Russen von 1871 92, 5% Russen von 1872 91, 5% Russen von 1873 91 1/2, Convert. Türken 13 3/4, 4% fundirte Amerikaner 129 1/2, Oesterr. Silberrente 63, Oesterr. Goldrente 86, 4% ungar. Goldrente 76 1/2, 4% Spanier 66 3/4, 5% privil. Aegyptier 100 1/2, 4% unific. Aegyptier 74 1/4, 3% gar. Aegyptier 103, Ottoman-Bank 10, Suez-Actien 83 1/4, Canada Pacific 57 1/4, Convertirte Mexikaner 33 1/4, Silber —, Discont 1 1/4 %.

Glasgow, 7. Februar. Rokeifen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 39 Sh. 11 D.

Liverpool, 7. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Mats 1/2 d. niedriger, Mehl geschäftlos. — Weiter: Schön.

Petersburg, 7. Februar. Wechsel London 3 Mt. 116,45, do. Berlin 3 Mt. 57,15, do. Amsterdam 3 Mt. do. 96,65, Paris 3 Mt. 46,10, 1/2-Imperials 9,28, russ. Bräm.-Anleihe be 1864 (gestillt.) 265 1/2, russ. Bräm.-Anl. be 1866 (gestillt.) 248 3/4, russ. Anleihe be 1873 166 1/2, do. 2. Orientanleihe 97 1/2, do. 3. Orientanleihe 97 1/2, do. 6% Goldrente 194 1/2, Große russ. Eisenbahnen 266 1/4, Kursk-Kiew-Actien 327, Petersburger Discontobank 709, Warischauer Discontobank —, russ. Bank für auswärt. Handel 281, Petersburger intern. Handelsbank 475, neue 4% innere Anleihe 82, Petersburger Privat-Handelsbank 392, 4 1/2% russ. Bodenpfandbriefe 153 1/4, Privatdiscont 6 1/4 %.

Petersburg, 7. Februar. Productenmarkt. Zalg loco 48,50, per August 49,00. Weizen loco 13,00. Roggen per Juni-Juli 5,50. Hafer loco 3,80. Hanf loco 45,00. Feinfaat loco 13,50. — Wetter: Frost.

Newyork, 6. Februar. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95, Wechsel auf London 4,83 1/4, Cable Transfers 4,85 3/4, Wechsel auf Paris 5,22 1/2, 4% fund. Anleihe v. 1877 126 1/4, Erie-Bahn-Act. 27, Newyork-Central-Actien 107 3/4, Chic.-North-Western-Act. 107 3/4, Lake-Shore-Act. 91 7/8, Centr.-Pacific-Actien 29 3/4, North-Pacific-Preferred-Actien 44 3/4, Louisville- und Nashville-Actien 59 3/4, Union-Pacific-Actien 55 1/4, Chic. Milw.- u. St. Paul-Actien 75, Reading- und Philadelphia-Actien 65 1/4, Wabash-Preferred-Actien 25 3/4, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 55 3/4, Illinois-Centralbahn-Actien 120 3/4, Erie second Bonds 98 3/4. — Waaren-Bericht. Baumwolle in Newyork 10 3/4, do. in New-Orleans 9 13/16, raff. Petroleum 70% Abel Fett in Newyork 7 3/4 Cb., do. in Philadelphia 7 1/4 Cb., rohes Petroleum in Newyork — D. 67 3/4 C., do. Pipe line Certificats — D. 89 1/4 C. Zucker (Fair refining Muscovades) 4 1/4, Kaffee (Fair Rio) 16 1/4, Rio Nr. 7 low ordinary per April 12,72, do. do. per Mai 12,55, Schmalz (Wilcox) 7,90, do. Fairbanks 8,10, do. Rohe u. Brokers 7,90. Speck —, Kupfer pr. Februar 16,60, Getreidefracht 1.

Newyork, 6. Febr. Weizen-Versicherungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 28 000, do. nach Frankreich 5000, do. nach anderen Häfen des Continents 18 000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 72 000, do. nach anderen Häfen des Continents — Dris.

Newyork, 6. Februar. Visible Supply an Weizen 41 087 000 Bushels, do. an Mais 7 817 000 Bushels.

Productenmärkte.

Berlin, 7. Februar. Weizen loco 154-176 M., per April-Mai 166 3/4-165 3/4-166 M., per Mai-Juni 169 1/2-168 1/2 M., per Juni-Juli 172-171 M., per Juli-August 173 1/2-172 1/2 M. — Roggen loco 107 bis 119 M., guter inländischer 116 1/2 M., klammer inländ. 110 bis 111 M. ab Bahn, per April-Mai 121 1/4-120 3/4-121 M., per Mai-Juni 123 1/4-123 M., per Juni-Juli 125 1/4-125 M. — Hafer loco 105-128 M., ost- und westpreussischer 109-114 M., pommerischer und uckermärk. 110-114 M., schleißer 109-113 M., feiner schleiß., preuß. und vomm. 115 bis 119 M. ab Bahn, per April-Mai 114 3/4-114 1/2 M., per Mai-Juni 117 1/2-117 M., per Juni-Juli 120 1/4-119 3/4 M. — Gerste loco 103-180 M. — Mais loco 120-126 M., per April-Mai 125 M. — Kartoffelmehl per Februar 18 M., per April-Mai 18,30 M. — Trockene Kartoffelstärke per Februar 18 M., per April-Mai 18,30 M. — Feuchte Kartoffelstärke per Februar 10,50 M. — Erbsen loco Futterwaare 111-119 M., Kochwaare 125 bis 195 M. — Weizenmehl Nr. 0 21,50 bis 19 M., Nr. 00 23,25 bis 21,75 M. — Roggenmehl Nr. 0 18,50 bis 17,50 M., Nr. 0 und 1 16,50 bis 15,50 M., ff. Marken 18,50 M., per Februar 16,40 M., per Februar-März 16,40 M., per April-Mai 16,75 M., per Juni-Juli — M. — Rüböl loco ohne Faß 46,0 M., per April-Mai 46 M., per Mai-Juni 46,1 M., per Juni-Juli 46,2 M., per Septbr.-Oktbr. 46,6 M. — Petroleum loco 25,1 M. — Spiritus loco ohne Faß 98,7 M., per April-Mai 99,6-99,7-99,6 M., per Mai-Juni 100,4-100,5-100,3 M., unversteuert (50 M.) loco 50 M., per April-Mai 51,4-51,5-51,4 M., per Mai-Juni 52-52,2 bis 52 M., per Juni-Juli 52,7-52,8-52,7 M., per Juli-August 53,5-53,7-53,5 M., per August-Sept. 54,1 bis 54,3-54,1 M., unversteuert (70 M.) loco 31,5-31,6-31,5 M., per April-Mai 33-33,2-33 M., per Mai-Juni 33,4-33,6-33,4 M., per Juni-Juli 34,1-34,3-34,2 M., per Juli-August 34,8-35,0-34,8 M., per August-Septbr. 35,1-35,3-35,1 M.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 7. Februar. Wind: W. Angekommen: Wilhelm (GD.), Dahnke, Ddente, leer. — Faithlie (GD.), Fairweather, Alcoa, Rohlen. — Nord (GD.), Roos, Ajõe, leer. Gefeselt: Skandinavien (GD.), Helberg, Yftadt, Mehl. 8. Februar. Wind: S. Nichts in Sicht.

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und bezügliche Nachrichten: Dr. V. Herrmann, — das Feuilleton und Literarisches S. Richter, — den totalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. M. Hofmann, sämtlich in Danzig.